



Frühjahrskonferenz

6. und 7. Juni 2018

Beschluss

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

TOP I.8 „Paralleljustiz“

Berichterstattung: Bremen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben das Phänomen der sogenannten „Paralleljustiz“ erneut erörtert. Sie bekräftigen, dass private Streitbeilegungsmechanismen mit unserer Rechtsordnung und dem Wertesystem des Grundgesetzes in Einklang stehen müssen. Eine außerhalb des Rechtsstaats stehende „Paralleljustiz“ wird nicht geduldet.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister begrüßen die bisher von den Ländern und dem Bund ergriffenen Maßnahmen zur Erforschung und zur gesellschaftlichen, politischen und juristischen Auseinandersetzung mit dem Phänomen der „Paralleljustiz“. Sie erachten eine darauf aufbauende, weitere fundierte wissenschaftliche und empirische Erforschung des Phänomens unter kultur-, sozial- und rechtswissenschaftlichen Aspekten als hilfreich. Bei der erfolgreichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen „Paralleljustiz“ wird es entscheidend auf die auf den Forschungserkenntnissen beruhenden Maßnahmen zur Verhinderung und Eindämmung von „Paralleljustiz“ ankommen. Über die Forschungsergebnisse und Maßnahmen



89. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister 2018 | Thüringen

sollte ein enger Austausch zwischen Bund und Ländern stattfinden. Sie bitten das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, solche Projekte in geeigneter Weise zu unterstützen.

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen